

Erscheint täglich mit Ausnahme des Sonntags.

Die „Gießener Familienblätter“ werden dem „Anzeiger“ viermal wöchentlich beigelegt, das „Kreisblatt für den Kreis Gießen“ zweimal wöchentlich. Die „Landwirtschaftlichen Zeitfragen“ erscheinen monatlich zweimal.

Gießener Anzeiger

General-Anzeiger für Oberhessen

Notationsdruck und Verlag der Brüderlichen
Universitäts- und Steindruckerei.
R. Lange, Gießen.

Redaktion, Expedition und Druckerei: Schul-
straße 7. Expedition und Verlag: 51.
Redaktion: 112, Tel.-Nr. Anzeiger-Gießen.

Mb. Deutscher Reichstag.

203. Sitzung. Ernabend, 31. Januar.
Am Vortage: Dr. Delbrück.
Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 12 Uhr.

Das Reichsamt des Innern.

(Reuenter Tag.)

Abg. Wassermann (Noll):

Nach den Mitteilungen der Morgenblätter sind auf Juche Akenbach 80 Bergleute durch eine Explosion eingeschlossen. Bis-her sollen 22 tot und 17 verletzt sein. Es erster Redner des Hauses glaube ich dem Gefühl herzlicher Teilnahme für die Verunglück-ten und ihre Angehörigen Ausdruck geben zu sollen. Wir wären dem Staatssekretär dankbar, wenn er uns im Laufe der Sitzung nähere Mitteilungen machte. (Beifall.)

Die geistigen Erklärungen des Reichsbankpräsidenten Hohen-stein über das Depositenwesen billigen wir und sprechen seiner Politik unser Vertrauen aus. Es ist ihm gelungen, unsere finanzielle Lage zu stärken. Ein Vergleich mit den großen euro-päischen Staatsbanken weist für unsere Reichsbank ein erfreu-liches Ergebnis auf, das wir im Interesse unserer finanziellen Kriegsbereitschaft begrüßen. Auch den Ausführungen des Reichsbankpräsidenten über die Tätigkeit der deutschen Privatbanken pflichten wir bei. Sie haben ihre wirtschafts-politischen Aufgaben erfüllt und die Entwicklung richtig erkannt. Beim Depositenwesen ist ihre Hauptaufgabe, die ihnen zu-gehenden Kapitalien in die richtigen Kanäle zu leiten und dem Kredit dienlich zu machen. Hervorragende Persönlichkeiten an der Spitze unserer Banken haben auf diesem Gebiet durch Unter-stützung der Industrie Großes geleistet. Sie sind ihr in einem gewissen Wagemut mit großen Engagements beigegeben. Dann haben sie den Kommunalverwaltungen mit ihren großen Kreditbedürfnissen geholfen und schließlich auch dem Staat.

Es wäre unrichtig, diese Entwicklung durch eine Einschränkung der Tätigkeit der Banken zu unterbrechen. (Sehr richtig!) Die vorgeschlagene Kontrolle würde nur das Geld erheblich ver-keimern. Wegen raffinierten Betrugs, gegen Bankfälsche, die sich jahrelang vorbereiten lassen, gibt es keine Sicherheit. Der Staat übernahme mit dieser Kontrolle eine geradezu unerträgliche Ver-antwortung. (Sehr richtig!) Die Grundzüge, von denen sich die Reichsbank leiten lässt, sind richtig. Dank ihnen ist die Privat-liquidität des Geldes immer stärker geworden. Und darauf kommt es mit an. Heutzutage gibt es keine Bank, die nicht selbst die jährliche Revision ausübt.

Wichtig ist natürlich, das unsere großen Gesellschaften eine richtige Kreditpolitik treiben. Das Auslandsgeschäft unserer Großbanken, das so vielfach bekämpft wird, läßt sich nicht entbehren. Es ist ein wesentlicher Faktor zur Großmacht-stellung eines Reiches. Das Beispiel Frankreichs beweist das am besten. Natürlich darf man dabei nicht planlos vorgehen. Die mangelnde Vorkaution infolge der traurigen Lage des Hypothekensystems macht den Wunsch nach einer Kontrolle zum bürgerlichen Gleichgewicht geltend, die eine größere Sicherung der Hypothekengläubiger bringt. Die Frage des Koalitionsrechts wollen wir nicht im Sinne der konser-vativen Versuche geregelt wissen. Es wäre Wahnwitz, in die Koalitionsfreiheit einzugreifen, und ich würde es für einen schweren politischen Fehler halten, die Arbeiterorganisationen militärisch zu machen. Wenn man den Arbeitern das Koalitions-recht gibt, muß man es ihnen auch überlassen, in welcher Form sie davon Gebrauch machen. (Lebhafter Beifall links.) Von bestimmten Antzügen sehen wir ab, weil wir, ähnlich wie bei der Fabrik-Affäre, die Initiative, dem Rat des Grafen v. Helldorf folgend, der Regierung überlassen wollen. Der Erlass eines Verbotes des Streikpostennehmens erscheint uns überflüssig, weil schon heute durch die Polizei gegen das Streikpostennehmens eingeschritten werden kann, wenn Aus-schreitungen begangen werden. Das ergibt sich aus den be-stehenden gesetzlichen Bestimmungen. Der Wunsch, die Verhält-nisse der Berufsvereine gesetzlich zu regeln, ist ja schon recht alt. Ich bedauere, daß diese Regelung nicht schon lange in die Wege geleitet ist. Es wäre zu erwägen, ob nicht die Reichsfähigkeit dieser Vereine zu erweitern und die Frage ihrer Verantwortlich-keit neu zu prüfen ist. Boykott wird nicht bloß von Sozial-demokraten, sondern auch von Konservativen angewendet.

Eine Denkschrift über Vorkommen und Wirkungen des Bankrotts ist im allgemeinen Interesse erwünscht. Für die Vorbe-reitungen der Handelsverträge ist eine Ausgestaltung des wirt-schaftlichen Ausschusses erforderlich. Wichtige Handels-verträge abzuschließen, wird dann schwieriger, da das Mißtrauen aller Staaten stärker geworden ist. Die Gründung großer inter-nationaler Verbände ist ein Ziel, das allseitige Unterstützung ver-dient. Wir billigen unsere Wirtschaftspolitik und glauben, daß sich der Zolltarif von 1902 bewährt und dazu beige-tragen hat, die Industrie zu ihrer heutigen Höhe zu entwickeln und der Landwirtschaft große Vorteile zu bringen. Krisen werden sich in keinem Wirtschaftsleben vermeiden lassen. Daß sie heute weniger schwer zu sein pflegen, danken wir den starken Organi-sationen unserer Industrie, die ausgleichend wirken. Nehmen wir hinzu, daß der Staatssekretär Dr. Delbrück sich große Verdienste auf dem großen Gebiete der Sozialpolitik erworben hat, so haben wir allen Grund, ihm unser Vertrauen auszusprechen. (Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen.)

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Auch namens der Regierung schließe ich mich den Worten herzlicher Teilnahme an, die der Abg. Wassermann für die Ver-unglückten von Juche Akenbach ausgesprochen hat. Ich habe mich sofort, als ich aus der Presse vom Unglück erfuhr, mit dem Handelsminister in Verbindung gesetzt. Das vorläufige Ergebnis der Erhebungen ist: eine Schlagweiter-explosion ereignete sich auf Grube Akenbach auf der dritten Tiefsohle. Ein erheblicher Grubenbrand hat nicht stattgefunden, so daß der Vergräbungsraum noch in der Nacht die Zufahrt be-ginnen konnte. Bisher sind 19 Tote, zwei lebensgefährlich, acht weniger schwer verletzte Bergarbeiter geborgen. Drei Arbeiter sind anscheinend unter den zusammengebrochenen Trümmern der Grube verschüttet und dürfen tot sein. Insgesamt dürften 25 Menschenleben zugrunde gegangen sein. Es scheint, daß mit größeren Verlusten unter allen Umständen nicht gerechnet werden kann.

Sobald weiteres Material eingegangen ist, werde ich nicht verfehlen, es dem Hause mitzuteilen. In Anknüpfung an meine Erklärungen zu unserer Wirtschaftspolitik und namentlich meine programmatische Festlegung hinsichtlich der neuen Handelsver-träge hat der Abgeordnete Wassermann erneut die Frage er-örtert, ob es nicht möglich und zweckmäßig sei, dem wirt-

schaftlichen Ausschuss eine andere Organisation zu geben, namentlich ob es nicht möglich sei, einer größeren Anzahl von Verbänden ein Präsentationsrecht zu dem Ausschuss zu geben, und zur Beurteilung besonderer Fragen auch einzelnen Industrie-zweigen. Mit der Prüfung dieser Frage bin ich eigentlich un-ablässig beschäftigt gewesen, so lange ich das Reichsamt des Innern vertrete. Sie ist eingehend erörtert worden, aber ich bin nicht zu der Überzeugung gekommen, daß wir in der Lage sind, dem wirtschaftlichen Ausschuss eine wesentlich andere Gestalt zu geben, als er von Hause aus besitzt, ohne seine Brauchbarkeit für seinen eigentlichen Zweck zu schädigen. Wir müssen zunächst daran festhalten; die allgemeinen Richtlinien der Zoll- und Wirt-schaftspolitik werden hier im Reichstage festgelegt. Dann ist es Pflicht der Regierung, alles zur Verantwortung der dabei etwa auftauchenden Fragen erforderliche Material zu beschaffen.

Man muß eine gewisse Freiheit lassen, wie sie sich in den Besitz dieses Materials legt. Man muß aber vor allen Dingen vermeiden, diesen vorbereitenden Beratungen handelspolitischer Fragen gewissermaßen eine amtliche Form zu geben. Das würde auf die Errichtung einer Art Zollparlament hinauslaufen, das naturgemäß den Einfluss des Reichstages be-schränken müßte, in dem Maße, wie es seine Zusammenfassung und Organisation festlegt. Ich darf an den preussischen Volkswirt-schaftsrat erinnern. Er war eine Idee des preussischen Ab-geordnetenhauses, sie wurde aber hier im Reichstage meines Erinnerns eigentlich von allen Parteien von der Hand gewiesen, und zwar mit der ausdrücklichen Begründung, man könne un-möglich eine Organisation schaffen, die in die Kompetenzen des Reichstages eingriffe. Ich erinnere an die Erfahrungen mit dem wirtschaftlichen Beirat. Ich liegt klar auf der Hand, daß der-artige Körperlichkeiten schließlich auch grundsätzliche und all-gemeine politische Fragen erörtern und zum Gegenstand politischer Vorschläge an den Reichstag machen. Das kann aber nicht der Zweck einer solchen Organisation sein.

Der wirtschaftliche Ausschuss soll lediglich die Regierung be-raten bei Bewertung der Faktoren, die bei Fest-lebung eines Zolltariffs und Schaffung von Handelsverträgen ausschlaggebend sind, vor allen Dingen bei Bewertung der wirt-schaftlichen Bedeutung einzelner Momente, nach denen die Posi-tionen eines Handelsvertrages festzusetzen sind. Deswegen bin ich der Meinung, daß die augenblickliche Organisation des wirtschaftlichen Ausschusses richtig ist. Sie gibt nur die Möglichkeit, sachverständige zu hören, als ich irgendwo für nützlich und notwendig halte. Mehr ist von einer beratenden begünstigenden und vorbereitenden Behörde überhaupt nicht zu erreichen. Rein äußerlich liegt ja eine ansehnliche Nebenarbeit vor, daß bei der Zusammenfassung des wirtschaftlichen Ausschusses gefordert werden: 1. der deutsche Landwirtschafts-rat, 2. der deutsche Handelsrat und 3. der Zentralverband deut-scher Industrieller. Namentlich das letztere Moment hat in zahl-reichen inzwischen entstandenen industriellen Verbänden, die zurzeit andere wirtschaftliche Aufgaben und Kreise vertreten, den Wunsch entstehen lassen, man möge auch diesen Verbänden die Möglichkeit einer Präsentation in dem wirtschaftlichen Aus-schuss geben.

Wir haben auch diese Frage geprüft und sind zu dem Er-gebnis gekommen, daß wir mit Erfüllung dieses Wunsches ins-Uferlose geraten würden. In einer solchen Zusammen-fassung würde der Ausschuss seine Aufgabe nicht erfüllen können. Es läßt sich aber tatsächlich mit dem jetzigen Zustande auskommen. Es hat sich herausgestellt, daß der Bund der Industriellen außerordentlich stark vertreten ist, denn seine Mitglieder sind zum Teil auch Mitglieder des Zentralverbandes, sind vor allem aber auch Vertreter des deutschen Handelsrates und kommen so in großer Zahl in den wirtschaftlichen Ausschuss. Die augenblickliche Organisation gibt aber auch sonst die Möglichkeit eines Aus-gleiches, wie er erwünscht ist. Wir können immer dabei die ver-schiedenen Landesteile und Industriezweige berücksichtigen. Das geschieht auch jedesmal unter sorgfältiger Er-wägung der von neuen Mitgliedern zu vertretenden Interessen, Klassen und Bundesstaaten. Wir können tatsächlich auf diese Weise ein nicht allzu großes und tatsächlich aktionsfähiges Parla-ment, wenn ich mich so ausdrücken darf, für die Beratung dieser Fragen erhalten. Die Verhältnisse würden nicht gebessert werden, wenn die Zahl gegen früher erheblich vermehrt und noch eine größere Anzahl von Körperschaften ein Präsentationsrecht erhalten würde.

Durch die Möglichkeit, Sachverständige zu vernehmen, ist der wirtschaftliche Ausschuss außerordentlich elastisch, so daß alle Interessen darin vertreten sein werden. Eine Klärung der einzelnen Fragen kann so leichter erreicht werden, als durch eine Verkleinerung des Ausschusses durch ein Mehr oder Minder von Mit-gliedern. Ich bin bereit, in der bisherigen Richtung alles zu tun, was in meiner Kraft steht, um den wirtschaftlichen Ausschuss leistungsfähig zu erhalten und alle Interessen dort zu Worte kom-men zu lassen. Aber Schritte zu tun, die in der Richtung einer größeren festen Organisation liegen, die nach meiner Ansicht zu einer Art Neben-, wirtschaftlichen oder Zollparlament führen wür-den, kann ich weder im Interesse des Reichstages, noch im Inter-esse der verbündeten Regierungen für zweckmäßig halten. (Bei-fall.)

Abg. Dr. Wendorf (Vp):

Es ist bedauerlich, daß der Staatssekretär den vom Reichstag vorgeschlagenen Weg zur Ausgestaltung des wirtschaftlichen Aus-schusses nicht gehen will. Dr. Weder-Oeffen hat auf Meinungs-unterschieden über politische Fragen in meiner Fraktion hingewiesen. Solche Meinungsunterschieden be-stehen wohl in allen Parteien. Herr Gothein hat unsere wirtschaftspolitische Stellung dargelegt, und außerdem ist sie in unserem Parteiprogramm niedergelegt. An diesen Reibungen halten wir fest. (Sehr richtig! bei der Vp.) Die übrigen wirt-schaftspolitischen Ausführungen des Dr. Weder-Oeffen darauf hin, daß in ihm die etwas plötzlich entstandene „Fraktion“ Hestermann bald einen Hospitanten erhalten wird. (Große Heiterkeit.) Die „Deutsche Tageszeitung“ hat die Hestermannsche Rede das Hauptereignis des Tages genannt. Das war eigentlich recht unfeindlich gegen den konservativen Abg. Dösch, der an demselben Tage seine programmatische Rede hielt. (Abg. Dr. Dösch.) Die Wort schon in der Abendausgabe besprochen. Ich so, Sie ändern Ihre Ansicht von der Abend- zur Morgenausgabe. (Große Heiterkeit.)

Wir protestieren dagegen, wenn Herr Dösch uns das Wort des Reichstages von Wangenheim vorhält: „Innere Kolonisation sei ein hohles Schlagwort der Demokratie!“ (Anruhe links und rechts: Unruhe!) Ja, das ist unrichtig, daß es eine echt junke-rliche Liebesbeziehung. (Beifall links, Präsident Kaempf rügt den Ausdruck.) Das bezog sich auf den Reichstags von Wangenheim und dem gegenwärtigen Reichstag aufrecht. (Beifall links.) Was die Konservativen mit der inneren Kolonisation

wollen, das hat ein Gutsbesitzer dahin ausgesprochen, daß den Gutsbesitzern mehr Arbeitskräfte verschafft werden sollten, und daß Bauern nicht angezogen werden sollten, weil sie politisch nicht zuverlässig seien. Die Landflucht ist bei den ostelbischen Großgrundbesitzern weit größer als bei den westlichen Bauern-wirtschaften. Eine Hauptursache dieser Landflucht sind die recht-lichen Verhältnisse, die die Landarbeiter zu Deutschen minderten Rechts machen. Die Zunahme des Viehbestandes entfällt nicht auf den Großbesitz, sondern auf den kleinen und gerade den kleinsten Besitz. Außerdem hat sich gezeigt, daß wenigstens die Schweinezucht sich auch außerhalb der Landwirtschaft gehoben hat. Die jetzige Wirtschaftspolitik hat uns von ausländischen Arbeitern und ausländischer Fleischproduktion abhängig gemacht. Trotzdem werden wir dem Staatssekretär sein Gehalt nicht ver-weigern. (Beifall und Heiterkeit.)

Abg. Graf Bismarck (Konf.):

Die klaren und lichtvollen Ausführungen des Reichsbankprä-sidenten können wir nur billigen. Gegen die Annahme-bankiers ist ein entschiedenes Einschreiten notwendig. Hin-sichtlich der Handelsverträge werden Gründe der auswärtigen und inneren Politik eine Änderung der passiven Haltung der Reichs-regierung notwendig machen. Wir wollen den Arbeitern das Koalitionsrecht nicht nehmen, auch begrüßen wir die Tätigkeit der wirtschaftsfriedlichen Gewerkschaften. Dagegen genügen die Befugnisse der Polizei nicht, um die Mißstände, die das Streikpostennehmens geschaffen hat, zu beseitigen. Das Streik-postennehmens dient heute zur Einschüchterung der Arbeiter, zu einer Beschränkung ihrer persönlichen Freiheit.

Die Ungleichheit des jetzigen Zustandes wird durch die immer lauter werdenden Beschwerden des Mittelstandes und der Industrie bezeugt. Ein Koalitionsverbot der Arbeitgeber hat zu Mißständen bisher nicht geführt. (Anruhe bei den Sozial. Auf: Haben Sie eine Ahnung!) Außerdem ist diese Frage nach anderen Gesichtspunkten zu beurteilen als der Koalitionsverbot, der die Arbeiterschaft beherrscht. Wir werden nicht aufhören, gegen diesen Mißstand anzukämpfen. (Beifall rechts.)

Abg. Spiegel (Soz.):

Das Unglück auf Grube Akenbach beweist einmal wieder, wie wenig die Wünsche des Reichstages von der Regierung berücksichtigt werden. Die Polizeiverordnungen bei Streiks be-weisen, daß ein Ausnahmezustand für die gewerkschaftliche Tätig-keit besteht. Auch die Christlichen werden sich für die Unterdrückung der Konfessionen bedanken. Den kaiserlichen Terrorismus üben die Unternehmer aus. (Die wirtschaftsfriedlichen Gewerkschaften sind Plutokratien, sie sind außer Geld und innen rot. Sie folgen nur einem Joonge, wenn sie gegen ihre eigenen Arbeits-genossen Front machen. In Berlin bei den Siemenswerken wird jedem neuen Arbeiter der Ausnahmeweis für den gelben Verein gleich mit vorgelegt. (Hört! Hört!))

Abg. Dr. Fehlbender (Ztr.):

Eine möglichst strenge gesetzliche Regelung des Waffenhandels ist notwendig. Wir müssen noch in dieser Session ein entsprechendes Gesetz haben. Empfehlenswert ist die Gründung einer besonderen Tiefbau-Kammer.

Unterstaatssekretär Richter:

Ein Gesetz über den Handel mit Waffen und Munition ist bereits ausgearbeitet und wird in aller nächster Zeit den Inter-essierten zur Begutachtung vorgelegt werden. Wir hoffen, daß es noch im Laufe dieser Session an den Reichstag gelangen wird. Die Frage der Gründung einer Tiefbau-Kammer für das ganze Reich wollen wir prüfen. Es ist aber auch zu erwägen, ob es sich nicht hier um eine Aufgabe der Einzelstaaten handelt.

Abg. Dr. Böhme (Noll):

Ich werde mir vom Abg. Dösch nicht das Recht nehmen lassen, Äußerungen von hervorragenden Mitgliedern des Bundes der Landwirte zu zitieren und mich dagegen auszusprechen. Ich möchte nicht, seit wann das hier verboten sein sollte. Die Arbeiter-anfiedlung, die Dr. Hahn kürzlich wieder geordert hat, hat sich als undurchführbar erwiesen. Das hat der frühere Präsident der Anstaltungskommission selbst erklärt. In der Frage der in-neren Kolonisation haben sehr erfahrene Männer, wie der Regierungspräsident v. Schwerin-Kranfurt a. O. und der Präsident Reh im Gegensatz zu den Konservativen davor ge-warnt, die Durchführung der inneren Kolonisation in die Hand der Behörden zu legen. Dieselben Sachverständigen leiteten auch, daß auf dem Gebiete der inneren Kolonisation schon Hervorragendes geleistet worden ist. Für ein Vorgehensgesetz sind wir stets eingetreten, freilich aber haben wir betont, daß ein schlechtes Gesetz den Bauern sehr schaden kann.

Als die „Köln. Zig.“ in mehreren Artikeln für das Vorgehensgesetz eintrat, wurde sie von der „Deutschen Tageszeitung“ angegriffen. Schon Friedrich der Große hat für eine bauern-freundliche Politik ein. Die heutigen Konservativen wollen davon nichts wissen. Für sie gibt es „altpreussische Tradition“ nur, wenn sie Vorteile davon haben. Neue Fideikomisse dürfen nicht mehr gegründet, die bestehenden müssen eingeschränkt werden. Von Begünstigungen des Deutschen Bauernbundes zu Guteschichtern, von denen Herr Hestermann gesprochen hat, ist mir nichts bekannt. Mir ist auch niemals von Herrn Hestermann ein derartiger Bericht während seiner Tätigkeit im Bauernbund berichtet worden. Die Herren an der Spitze des Deutschen Bauernbundes sind praktische Landwirte, und es liegt deshalb kein Anlaß vor, diese Herren irgendwie in Mißkredit zu bringen, als ob sie nichts mit der Landwirtschaft zu tun hätten. Umgekehrt ist so mancher Konservativer, wie z. B. Herr Dösch, erst aus der Industrie in die Landwirtschaft gekommen.

Die Rechtsprechung hat gezeigt, daß die Herren aus der rechten Seite — natürlich außerhalb des Hauses (Heiterkeit!) — in der schlimmsten Weise den Terrorismus aus-üben. (Anruhe rechts.) Der Unvorsichtige und andere Beamte haben in den Wahlkämpfen die politische Freiheit in jeder Weise bedroht. (Hört! Hört! links.) Das sind doch bekannte Tatsachen. Mehr als dreihundert Vertreter des Bundes der Landwirte mußten wegen Verleumdung von Mitgliedern des Deutschen Bauernbundes bestraft werden. (Hört! Hört!) Es wurde sogar festgestellt, daß vom Bunde der Landwirte über mich planmäßig ein solches Gerücht verbreitet worden ist. (Hört! Hört! links. — Anruhe rechts: Weiches?) Es wurde behauptet, daß ich von Berlin 20 000 Mk. erhalten hätte, um als Anwalt des Großkapitals die deutsche Viehzucht zu ruinieren. (Große Heiterkeit.) Sei-näherer Prüfung würden sich noch viele Fälle von Terrorismus beweisen lassen. Warum sollen wir uns nicht freundlich zum Santa-Bund stellen. Er ist durchaus für den Segen der nationalen Arbeit. Es gibt doch auch noch andere Fragen

als Jollisten, kulturelle Fragen, wie die der Reform des Wahlrechts. Da stehen wir ganz auf demselben Standpunkt, wie der Deutsche Bund. Warum sollen wir da nicht auf eine freundliche Einladung eine freundliche Antwort geben? Nachem Sie es denn anders? Wie ist es denn mit dem Kartell der schaffenden Stände?

Herr Hoeft hat in der „unpersönlichen“ Weise, die ihn auszeichnet, mir vorgeworfen, daß ich für die Reform der Umfahneur eingetreten sei. Damit legt er sich in Widerspruch mit seinem Parteiführer Grafen Westarp, der in der Finanzkommission sich für meinen darauf abzielenden Antrag ausgesprochen hat. Wir können die Läden im Jollistat sehr wohl und wollen sie gern ausfüllen. Den Weg der extremen Schutzjollpolitik aber werden wir freilich niemals gehen. Die Schutzjollpolitik ist nur aufrechterhalten durch eine Verständigung zwischen Industrie und Landwirtschaft.

Abg. Schweichardt (Sp.)

Spricht gegen den Abg. Vogt-Hell, der ein ganz unzutreffendes Bild der wirtschaftlichen Verhältnisse in Württemberg gegeben habe. Der Kleinrentner kann nicht durch eine Währungsreform, sondern nur durch eine Tarifdifferenzierung zwischen Getreide und Wehl geholfen werden.

Abg. Paus (Soz.)

Die Bodenrentierungen liegen immer über der Konkurrenz der Konsumbäcker, warum nicht über die der kapitalistischen Brotfabriken, die viel umfangreicher sind? Wir bitten um statistisches Material.

Abg. Heßmann (Bei l. Parteif.)

Ich habe nicht behauptet, daß der Bauernbund als solcher mit Württembergern zu tun hat oder daß Dr. Böhm damit zu tun hat. Ich habe nur gesagt, daß in einem Wahlkreis und dem Dr. Böhm's Württembergern an mich herangetreten sind und mich gebeten haben, dafür einzutreten, daß ihnen in Preußen nicht das Handwerk gelegt wird. Zum Schutze soll ich nur sagen, was ich schon als Redner der nationalliberalen Partei gesagt habe. (Heiterkeit.) Dr. Böhm hat sich auch in gewaltigen Gegensätzen zur nationalliberalen Partei und zum Bauernbund gestellt, wenn er hier nur auf die Rechte schließt und die Linke ungehörig läßt. (Heiterkeit rechts, Lachen links.) Auch Herr Dr. Böhm muß doch wissen, daß in der nationalliberalen Fraktion auch Mitglieder des Bundes der Landwirte sitzen. (Hört! Hört!) Ich weiß nicht ob diese Herren nächsten auch aus der nationalliberalen Partei herauskommen. (Heiterkeit.) Im Bauernbunde sitzt auch Herr Böhmer von der Reichspartei. Er war der Renommier-Freisonserdörfer. (Heiterkeit.) Er wurde in den Versammlungen besonders erwähnt, weil die Freisonserdörfer in landwirtschaftlichen Fragen zuverlässig sind. (Heiterkeit rechts.) Und dann haben im Bauernbunde auch freisinnige Leute. Es ist doch eigentlich ein Ding der Unmöglichkeit, daß man mit diesen Herren zusammen arbeiten kann. (Hört! Hört! und Heiterkeit!) Besonders nachdem Dr. Wendorf heute erklärt hat, daß seine Freunde auf ihrem Programm beharren und für Abbau der Schutzzölle sind. (Abg. Dr. Böhmer winkt mit der Hand.) Ach, Herr Böhmer, reden Sie sich doch nicht auf. (Heiterkeit und Lachen.)

Dem Standpunkt des Zentrums stimme ich durchaus zu. (Schallende Heiterkeit und Lachen.) Sie wollen wohl ins Zentrum? Die Herren vom Zentrum meinen lebhaft ab. — (Zentrale Heiterkeit.) Ich finde, daß die Zentrumspartei viel besser ist als manche andere Partei. (Allgemeine große Heiterkeit.) Bei den Wahlen wird viel Schwein geirrt. (Schallende Heiterkeit und Lachen.) Von Anekt! Da wurde das Zentrum immer als die große Gefahr hingestellt. Ich habe in der nationalliberalen Fraktion die Erfahrung gemacht, daß man mit der Zentrumspartei eine ganz vernünftige Politik machen kann. (Schallende Heiterkeit.) Der nationalliberalen Partei gegenüber will ich aus alter Freundschaft schreien. (Große Heiterkeit und Lachen.) Nehme zurück! daß in dieser Partei viele Herren sind, die meinen Standpunkt teilen. (Große Heiterkeit rechts.) Die Hauptfrage für die bürgerlichen Parteien ist die, die Kluft zwischen Großgrundbesitzern und Bauern nicht zu erweitern, sondern zu beseitigen. (Beifall rechts.)

Damit schließt die allgemeine Aussprache. Einige Titel werden noch erledigt. Die Abstimmungen werden zurückgestellt.

Dienstag 2 Uhr pünktlich: Kurze Anfragen, Weiterberatung.
Schluß 5 Uhr.

Aus dem Verwaltungsbericht der Stadt Gießen für das Rechnungsjahr 1912.

Der Verwaltungsbericht des Oberbürgermeisters für das Rechnungsjahr 1912 ist heute in der öffentlichen Sitzung in einem Umfang von über 200 Seiten erschienen. Wir entnehmen ihm folgende

Statistische Mitteilungen:

Der Flächeninhalt der Gemarkung hat sich im Berichtsjahr nicht geändert; er betrug 3121 Hektar 78 Ar 93 Quadratmeter. Davon sind bebaut 176 Hektar 29 Ar 23 Quadratmeter, Waldungen 1239 Hektar 91 Ar 3 Quadratmeter, Ackerland und Gärten 1236 Hektar 58 Ar 41 Quadratmeter, Wiesen und Grasflächen 450 Hektar 90 Ar 82 Quadratmeter. Auf Straßen, Wege, Plätze und Anlagen entfielen 146 Hektar 57 Ar 5 Quadratmeter, auf Eisenbahngelände 63 Hektar 14 Ar 63 Quadratmeter. — Die Bevölkerungszahl des Jahres 1912 haben wir bereits zu Anfang des vergangenen Jahres veröffentlicht, wie wir vor einigen Tagen schon die des Jahres 1913 mitgeteilt haben. Im ganzen wurden eingetragen in das Geburtsregister 1133 (1115), in das Sterberegister 212 (212) und in das Sterberegister 723 (679). — Die Militärkontingente umfaßte 455 Militärliebhaber gegen 444 im Jahre 1911. In 21 Sitzungen haben die Stadtväter 561 Gegenstände behandelt, gegenüber 714 Gegenständen bei derselben Sitzungszahl im Jahre vorher. Anträge auf Verleihung der bürgerlichen Staatsangehörigkeit wurden 14 gestellt gegen 15 im Jahre 1911. Verleihungsanträge fanden nicht statt. Ehrenbürger wurde in 23 Fällen, in 11 Fällen verneint; dabei handelte es sich in 24 Fällen nur um Uebertragung bestehender Bürgerschaften.

Finanzwesen.

Sehr interessant sind die Aufschlüsse, die der Verwaltungsbericht über das Finanzergebnis des Jahres 1912 gibt. Bei der Betriebsrechnung beträgt die Einnahme 3.794.361,98 Mark, die Ausgabe 3.283.412,22 Mark, so daß ein Ueberschuß von 450.949,76 Mark bleibt. Dieser Ueberschuß besteht aus 438.611,27 Mark in barem Vorrat, 21.211,45 Mark in Vorräten und 8007,04 Mark in Ausständen. Außerdem hat die Betriebsrechnung im Rechnungsjahr 1910 50.000 Mark als Rücklage bei der Vermögensrechnung angelegt.

Bei der Vermögensrechnung beträgt die Einnahme 3.891.806,15 Mark, die Ausgabe 2.713.826,73 Mark. Es bleibt also ein Ueberschuß von 1.177.979,42 Mark, wovon 1.120.368,52 Mark in barem Vorrat, 57.609,90 Mark in Ausständen besteht.

Da im Rechnungsjahr 1912 eine ganze Anzahl von Arbeiten teils gar nicht, teils nicht vollständig ausgeführt wurden sind die in früheren Jahren schon bewilligten Kredite in Höhe von 937.082,46 Mark auf das Rechnungsjahr 1913 zu übertragen. Der Gesamtvermögens- und Schuldenstand der Stadt stellt sich am Schluß des Berichtsjahrs folgendermaßen dar:

Die Summe des Vermögens beträgt 30.092.687,04 Mark, die Summe der Schulden beträgt 21.187.099,03 Mark, so daß ein Vermögensüberschuß von 8.905.588,01 Mark zu verzeichnen ist. Dabei sind das Elektrizitätswerk mit einem Wert von 3 Millionen, das Gaswerk mit einem von 1.000.000 Mark, das Wasserwerk mit einem von 1.300.000 Mark, die Straßenbahn mit 650.000 Mark. Für die meisten Werte finden sich unter Schulden folgende Posten: Elektrizitätswerk 2.237.102,00 Mark, Gaswerk 578.638,24 Mark, Wasserwerk 1.280.238,93 Mark,

Straßenbahn 675.595,42 Mark. Die Kapitalausgaben sehen sich zusammen aus 361.266,22 Mark für Einrichtungsarbeiten, 430.232,11 für Schuldenrückstellungen auf Raten und 20.395.600 Mark für Anleihen, so daß die Gesamtsumme der Kapitalausgaben, wie schon gesagt, 21.187.099,03 Mark beträgt.

Gemeindeeinkünfte.

Für die Veranlagung der Gemeindeeinkünfte waren noch die Bestimmungen des Gesetzes vom 30. März 1901 maßgebend. Es wurden 120 Pros. Zuschlag zu den Grundzahlen der Realsteuern und 120 Prozent von den doppelten Grundzahlen (30 Pros. der Realsteuern) erhoben. Veranlagt waren zur Grundsteuer 3036 Personen, zur Gewerbesteuer 1694 Personen, zur Kapitalsteuer 1295 Personen, zur Einkommensteuer 9130 Personen. Auf die 1. Abteilung der Einkommensteuer entfielen 1918 Personen, auf die 2. Abteilung 7212 Personen. In der 1. Abteilung verfielen ein Einkommen von 10.000—20.000 Mark 141 Steuerpflichtige, von 20.000—30.000 Mark 41, von 30.000—40.000 Mark 14, von 40.000—60.000 Mark 13, von 60.000—80.000 Mark 5, von 80.000—95.000 Mark 3, und über 100.000 Mark 4. In der 2. Abteilung verfielen 859 Personen weniger als 600 Mark, 819 weniger als 750 Mark, 903 weniger als 900 Mark, 1276 weniger als 1100 Mark, 942 weniger als 1300 Mark, 587 weniger als 1500 Mark, 547 weniger als 1700 Mark, 553 weniger als 2000 Mark, 327 weniger als 2300 Mark, 399 weniger als 2600 Mark.

Der Gesamtaufschlag an Gemeindeeinkünften betrug 1.069.915,22 Mark. Durch Zugänge an städtische Veranlagungen infolge Verleihungen gegen das Steuergebot wurden weiter noch 60.222,60 Mark erhoben. Die Einnahme infolge von Einräufen betrug 35.907,78 Mark; unrichtig waren 4335,12 Mark; durch Wegzug von Gießer nach nichtbegründeten Orten sind 8821,41 Mark ausgefallen. An evangelischen Kirchensteuern wurden 63.296,14 Mark, an katholischen 5878,31 Mark erhoben.

An Verbrauchssteuern (Zölle) gingen ein im ganzen 90.577,02 Mark gegen 88.935,06 Mark im Jahre 1911. Davon entfielen auf Bier 30.985,41 Mark (31.811,57 Mark i. J. 1911), für Getränke insgesamt wurden an Steuern eingenommen 44.448,56 Mark (44.735,59 Mark i. J. 1911). Auf Brennstoffe entfielen 46.128,16 Mark gegen 44.181,47 Mark im Vorjahr.

Die Besitzwechselabgabe erbrachte 25.619,57 Mark gegen 31.618,75 Mark i. J. 1911. An Vermögensteuern gingen 10.637,42 Mark ein und an Hundesteuern 9950 Mark gegen 9670 Mark; für aneinbringliche Hundesteuern gehen ab 1458,32 Mark gegen 1328,14.

Das Gewerbegericht erledigte die Klagen an 86 Sitzungstagen in 260 Terminen, darunter 16 Sitzungstage mit 172 Terminen unter Ausübung der Befugnis.

Das Kaufmannsgericht erledigte an 32 Sitzungstagen 51 Termine, darunter 18 Sitzungstage mit 25 Terminen unter Ausübung der Befugnis.

Arbeitsnachweis. Die Gesamtzahl der Gesuche betrug im Berichtsjahre 7890 (7890, 2288 Arbeitsgeber- und 5602 Arbeitsnehmergesuche). Der Anbruchnahme ist somit um 932 Gesuche gestiegen. Belegt wurden 1574 (1481) Stellen gleich 68,79 Pros. (62,78 Pros.) des Arbeitsangebots und 28,09 Pros. (32,55 Pros.) der Arbeitsnachfrage. Auf 10 offene Stellen kamen 244,84 Arbeitsuchen entgegen 192,83 im Vorjahr. Die Zahl der Arbeitsnehmergesuche ist um 71 zurückgegangen, während die der Arbeitsgebergesuche um 1053 und der besten Stellen um 93 zugenommen hat. Es erhielten 1387 (1287) männliche und 187 (194) weibliche Personen Arbeit zugewiesen.

Wohnungsnachweis. Einem Angebot von 106 Wohnungen fanden 171 Nachfragen gegenüber, von denen 18 durch den Wohnungsnachweis erledigt wurden.

In der Armenpflege betrug der Zuschuß der Stadt zur Armenpflege 50.837,03 Mark gegen 52.166,06 Mark im Vorjahr.

Arbeiterversicherung.

Zur Erfüllung der Aufgaben der unteren Verwaltungsbehörde aus der Reichsversicherung wurde am 1. Oktober 1912 das städtische Versicherungsamt eingerichtet. Es erledigt für die Stadtverwaltung auch die Geschäfte der unteren Verwaltungsbehörde in der Ausführung des Gesetzes über die Anstellungsversicherung vom 20. Dezember 1911 und andere sozialpolitische Angelegenheiten.

Der Aufsicht des Oberbürgermeisters unterstanden im Berichtsjahr die gemeinsame Ortskrankenkasse Gießen, 15 Betriebs- und 1 Innungskrankenkasse.

An Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Versicherten einerseits und den Krankenkassen andererseits haben im Berichtsjahr zusammen 33 Fälle vorgelegen. Davon waren 26 Beschwerden gegen die Ortskrankenkasse, 3 gegen Betriebskrankenkassen und 2 gegen eine Innungskrankenkasse gerichtet; in 2 Fällen erhob die Ortskrankenkasse Beschwerden. 13 Beschwerden bezogen sich auf die Gewährung von Renteleistungen, 7 Beschwerden widersprachen der auferlegten Ordnungsstrafe wegen Uebertretung der Krankenkassengesetze, je 3 Fälle betrafen die Anmeldepflicht des Arbeitgebers, die Beitragszahlung und die Versicherungspflicht. 2 Fälle die Unterhaltung gemäß § 28 A. B. G., je 1 Fall Unterhaltung der Rente aus § 50 A. B. G. und die Gewährung von Familienunterstützung.

Von diesen 33 Fällen kamen 4 zur förmlichen Entscheidung, die übrigen erledigten sich durch Aufnahme der Beschwerde, durch Anerkennung der Unterhaltungspflicht seitens der Ortskrankenkasse oder auf andere Art.

Einfuhrzölle.

Die Flugtechnik in Frankreich. Im französischen Senat fungierte Kriegsminister Rouleux eine technische Session für das Flugwesen an. Er werde die privaten Konstruktionen überwachen und die Vervollständigung der Apparate steuern. Der Minister gab zu, daß jetzt weniger Anhang zum Flugwesen ist als früher, aber im ganzen habe sich die Beschaffenheit verbessert, der Nachwuchs sei ebenfalls besser. Die privaten Fliegerkurse müßten durch militärische Schulen ergänzt werden, in welchen mit Strenge und Disziplin gearbeitet wird. Der Minister erklärte, wie die Erbauer von Flugzeugen durch Beamten ernannt werden sollen. Frankreich besitze gegenwärtig 600 Flugzeuge, die Deutschen nur 450 bis 500. Man wisse nicht, ob die Deutschen gepanzerter Flugzeuge besitzen. Frankreich bestelle von dem ersten bereits ausgeführten Apparat, der vollkommen zufriedenstellend erscheine, mehrere unter Vorbehalt. Frankreich bestelle den Typus eines Zerstörerflugplans, das heißt eines Flugzeuges, das gepanzt und mit Waffen versehen ist. — Die fürstliche des französischen Militärflugwesens hat zur Folge, daß die Luftfahrt jetzt zum erstenmal erklärt, wie viel die französische Flugliga zu der Entwicklung des Militärflugwesens in Frankreich beigetragen hat. Bisher wurden die Angaben darüber geheim gehalten. Die nationale Sammlung für die Erhebung und Förderung der Flugkunst erreichte, wie bereits bekannt ist, eine Höhe von 7 Millionen Franken. Das Nationalkomitee hat nun den Beschluß gefaßt, den größten Teil dieser Summe der Aemterverwaltung zur sofortigen Anschaffung neuer Flugzeuge zur Verfügung zu stellen und zwar in der Weise, daß das Komitee für jede neuangelegte Militärflugmaschine einen Kostenbeitrag von 15.000 Franken bewilligt. Dieser Entschluß wurde auch durchgeführt. Die Aemterverwaltung ließ sich diese Gelegenheit nicht entgehen. Da ein Flugzeug rund 23.000 Franken kostet, hatte die Militärverwaltung zu jedem neuen Flugzeug nur 8000 Franken beizutragen. Die Folge davon war, daß bis zum Schluß des Jahres 1912 das Nationalkomitee der französischen Flugliga nicht weniger als 108 Flugzeuge gekauft und der Armee überwiesen hat.

Univeritäts-Nachrichten.

Der Privatdozent für Hygiene und Bakteriologie an der Bonner Universität Dr. med. Arthur Seig hat eine Mittheilung an hygienischen Institut der Universität Leipzig übernommen.

Der Privatdozent für Hygiene und Bakteriologie an der Universität Straßburg i. E. Dr. med. Hermann Dold ist mit der Einrichtung des Instituts für Hygiene und Bakteriologie

an der Deutschen Medizin- und Ingenieurschule für Chinesen in Shanghai beauftragt worden; zugleich erhielt er einen Lehrauftrag für Hygiene und Bakteriologie an der genannten Anstalt.

— Zur Beobachtung der völligen Sonnenfinsternis am 21. August 1914, deren Totalitätszone auf einer von Riga nach der Krim verlaufenden Linie liegt, wird seitens der preussischen Regierung (Astrophysikalisches Observatorium in Potsdam) eine Expedition nach Sibirien und Sachalin beabsichtigt. Der neue Etat sieht hierfür Mittel in Höhe von 16.000 Mk. vor, wovon 12.000 Mk. auf Anschaffung eines Cosmischen fallen.

Das Grubenunglück der Zeche Achenbach.

Der Kaiser ließ dem Handelsminister auf die Meldung vom dem Grubenunglück der Zeche „Achenbach“ folgendes Telegramm zugehen:

Se. M. der Kaiser und Königin nehmen an dem neuen Grubenunglück der Zeche Achenbach im Braunkauer Bergrevier schmerzlichen Anteil und lassen Eure Excellenz erfragen, den bei der Schlagwetterexplosion verwundeten braven Bergleuten und den Hinterbliebenen der in ihrem Verleuf gesunkenen Knappen allerhöchste ihr Beileid auszudrücken. Auf allerhöchsten Befehl:

v. Valentini.

Die Anfrage des Abg. Bruck und Genossen, die am Dienstag auf der Tagesordnung des preuß. Abgeordnetenhauses steht, hat folgenden Wortlaut:

Die Unterzeichneten richten an die Königliche Staatsregierung die Anfrage: Ist die Königliche Staatsregierung in der Lage, über die Ursachen des Grubenunglücks auf der Zeche „Achenbach“ im Landkreis Dortmund am 30. Januar 1914 Mitteilung zu machen? Welche Maßnahmen gedenkt die Königliche Staatsregierung zur Verhütung der häufigen Unglücksfälle künftig zu treffen?

Dortmund, 31. Jan. Bis Nachmittag waren von den Verunglückten der Zeche Achenbach 16 Tote rekonstruiert. Davon waren sieben verheiratet, neun ledig. Von den 17 Verlebten begaben sich acht nach Auflegung von Verwundungen in die Wohnungen. Von den übrigen neun starben drei. Bei den anderen liegt keine unmittelbare Lebensgefahr vor. Die Beerdigungen finden voraussichtlich am Montag nachmittag statt.

Dortmund, 1. Febr. Im Laufe der letzten 24 Stunden wurden von der Zeche „Achenbach“ zwei weitere Tote geborgen. Im Krankenhaus sind insgesamt vier Verlebte gestorben, so daß sich die Zahl der Toten bis jetzt auf 24 beläuft. Es sollen sich noch ein oder zwei Verlebte unter den Trümmern befinden.

Vermischtes.

* 40 Jahre Reichspostmuseum. Staatssekretär Dr. v. Stephan begründete im Jahr 1874 neuerbauten Zentralpostgebäude, Leipziger Straße 15, eine „Plan- und Modellkammer“, eine Sammlung von Modellen technischer Hilfsmittel der Post, Zeichnungen und Briefmarken. Zwei Jahre später kamen die geographischen Telegraphenapparate hinzu, und so entstand ein „Post- und Telegraphenmuseum“, das bis heute auf die Fortentwicklung des Verkehrsweises aller Völker und die neueste Zeit kulturgeschichtlich veranschaulicht. Im Februar 1898 mußten dem Museum größere Räume zur Verfügung gestellt werden; es geschah dies im Erweiterungsbau des Reichspostamtes, in dem sich das Postmuseum noch jetzt befindet. Heute weist der Katalog schon weit über 4000 Nummern auf, ungeachtet die Ausstellungsgegenstände der Luftschiffahrt. Der Jahresbericht stellt sich auf rund 100.000 Personen, darunter viele ausländische Postbeamte und sonstige Fremde, Schüler und Lehrkräfte. Das Postmuseum hat in den 40 Jahren seines Bestehens schon zahlreiche Ausstellungen bestritten, in diesem Jahre wird es einen geschichtlichen Ueberblick über die Entwicklung des Nachrichtenwesens auf der Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik in Leipzig zur Verfügung bringen.

Die Frau des Staatsanwaltes als Geschäftsführerin. Aus Notibus wird gemeldet: Im Zusammenhang mit der Untersuchung gegen den in Moabit inhaftierten Berliner Grundbesitzer Leo Schiffmann ist die Gattin des Staatsanwaltes am Kottbusser Landgericht, Frau Hedwig Ahrens, verhaftet worden und zwar unter dem Verdacht des Betrugs, der Urkundenfälschung und des Meineids. Sie wurde nach dem Untersuchungsgegnis Moabit übergeführt. Zugleich sind in Berlin bei mehreren Rechtsanwälten, Ärzten und Bankiers große Hausdurchsuchungen abgehalten worden. Auch in der Wohnung des Staatsanwaltes Ahrens und später auch in seinem Dienzimmer sind Durchsuchungen vorgenommen worden, bei denen man große Balken von Briefschaften beschlagnahmte. Wie es heißt, hat Frau Ahrens jahrelang ein Doppelleben geführt, indem sie gleichzeitig mit dem Staatsanwalt verheiratet war, und außerdem unter dem Namen eines Fräuleins Fränkel als Prokuristin in der Firma Leo Schiffmann fungierte. Nach der Haube Schiffmanns verhaftet wurde auch die Prokuristin und es gelang erst jetzt, ihre Persönlichkeit zu ermitteln.

* Auch ein Zeichen der Zeit. Im Dalkersbader Stadttheater mußte dieser Tage eine Abendvorstellung ausfallen, da nur vier Eintrittskarten verkauft waren! Es waren mehr Leute auf der Bühne, als drinnen im Zuschauerraum.

Kleine Tageschronik.

Ein Charlottenburger Bürger, der nicht genannt sein will, hat der Stadtgemeinde eine Million Mark für arme und Irrenhäuser oder schwächliche Kinder geschenktweise überlassen.

Im Zirkus Busch in Berlin fürste gestern Abend eine Säulenfestliche herab und rief drei Tänzerinnen mit. Während zwei von ihnen mit dem bloßen Schreden davon kamen, erlitt die dritte leichte Querschußen und Hautabwürfungen.

Der Hamburger Senat erließ die Bürgerpflicht um die Mitzeichnung eines ehrenamtlichen Ehrengeldes von jährlich 4.00 Mark für die Schwestern des verstorbenen Professors Lichtwark, Fräulein Marianne Lichtwark.

Handel.

— Die Gewerkschaft Giechener Braunkohlenbergwerke verleiht an ihre Gewerkschaften den Bericht über das 4. Quartal 1913, in dem der Erlös für Erze, Braunkohle und Schlamm mit 486.576,75 Mk. (458.630,85 Mk. im 3. Quartal) angegeben wird. Veräußert wurden davon für Erze und Schlamm 225.786,06 Mk. (242.373,45 Mk.), für Materialien, Reparaturen und Lohnen 36.561,61 Mk. (32.934,24), im ganzen 323.533,70 Mk. (308.837,08 Mk.). Davon sind für Aufnahme der Erdbörse 28.500 Mk. (46.071,57 Mk.) gekürzt worden, so daß sich die Nettoausgaben auf 295.033,70 Mk. (312.765,58 Mk.) belaufen und der Ueberschuß 171.543,05 Mk. (145.885,27 Mk.) beträgt. Da für Zinsen und Amortisation der Anleihen I und II 77.351,25 Mk. (74.941,25 Mk.) zurückgestellt worden sind, verbleiben netto 94.191,80 Mk., die mit dem Ueberschuß der ersten 3 Quartale von 224.998,93 Mk. einen Jahresüberschuß von 319.190,73 Mk. ergeben. — Der Grubenvorstand der Gewerkschaft Giechener Braunkohlenbergwerke v. Jernie in Gießen hat beschloffen, für das 4. Quartal 1913 eine Ausgabe von 50 Mk. pro Akt zur Unterstützung zu bringen. Der Quartalsüberschuß würde zwar die Verteilung der bisherigen Ausgabe gestatten, der Beschluß trägt indessen der noch ungeklärten Quartalsrechnung.

Für empfindliche Kinder

zur Hautpflege unentbehrlich ist italische Balsem mit

Myrrholinselle

weil sie durch ihren Gehalt an edlem Myrrholin mit seinen antiseptischen, heilenden und nusschützenden Eigenschaften seit fast 20 Jahren als einzigartige Toilette-Geheimrezepte bewahrt.